

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schriftband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto-Zuschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Westliche Straße 8 u. 9.

Die sozialistische Konkrete Zeitschrift oder deren Name kostet 5,- M. einschließlich Postzuschlag. Keine Anzeigen; Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,- M., einschließlich Postzuschlag. Ausland: Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Herausgeber: Berlin 2030, 2645, 4516 4003, 4635, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Beschlüsse von Synthe

#### Polen erhält Unterstützung

Amsterdam, 10. August.

„Telegraaf“ erfährt aus Synthe von gut unterrichteter Seite, es bestehe Grund zur Annahme, daß die Alliierten beschloßen haben, Polen durch technische Ratgeber, durch Munitionsendung und möglicherweise durch einige Maßnahmen zur See zu unterstützen, nicht aber durch Entsendung von Truppen. Die Konferenz zwischen den russischen und den polnischen Vertretern werde am Mittwoch in Minz stattfinden. Kamenev und Krassin würden in London bleiben, um die englische Regierung über die Bepfändung in Minz auf dem laufenden halten zu können.

#### Die allgemeinen Friedensgrundlagen

London, 10. August.

„Manchester Guardian“ erfährt, daß die Konferenz in Synthe nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über die allgemeinen Friedensgrundlagen unterhandelt und wenn Polen nicht im Voraus diese Prinzipien annimmt, würden die Waffenstillstandsverhandlungen sehr erschwert werden. Über andererseits würden diese Bedingungen nicht scharf sein. Die Grundlagen, welche von Polen genehmigt werden müssen, sind: 1. Demobilisierung auf Friedensfuß. 2. Keinerlei Kriegsmaterial oder Munition von den Ententemächten anzunehmen. 3. Die russische Regierung hält ihr Versprechen einer besseren Grenzregelung aufrecht. 4. Freier Handel via Polen zwischen Rußland und den anderen Staaten und 5. Amnestie für polnische Vergehen.

#### Widersprüche

London, 10. August.

Während die „Central News“ melden, daß die alliierten militärischen und maritimen Sachverständigen sich vollständig darin einig sind, den Aufmarsch der Bolschewisten nach dem Westen aufzuhalten, sagt der Korrespondent des „Evening Standard“, Lloyd George und die anderen alliierten Staatsmänner hätten beschloßen, ihren Versuch, den Frieden zu Stande zu bringen, nicht aufzugeben.

#### Zweideutige Reden

##### Die russische Frage im Unterhaus

London, 9. August.

Unterhaus. Ueber die russische Frage wurden zahlreiche Fragen an Bonar Law gerichtet. Dieser gab bekannt, der Premierminister werde morgen eine Erklärung abgeben. Es bestehe nicht die mindeste Gefahr, daß das Haus sich einem Kriege gegenübersehe, ohne daß zuvor genügend Gelegenheit zur Erörterung der Lage gegeben worden sei. Clynnes meinte, ob dies so aufzufassen sei, daß keine kriegerischen Maßnahmen getroffen würden. Bonar Law entgegnete, das hänge davon

ab, was man unter solchen Maßnahmen verstehe. In der Erwiderung auf eine andere Anfrage bemerkte Bonar Law: Der Premierminister hat in der letzten Woche ausdrücklich dargelegt, daß wir unsere gegenwärtigen Schritte aus Besorgnis danach unternehmen, daß die Bolschewisten die Unabhängigkeit Polens vernichten könnten, und um unser möglichstes zu tun, damit Polen vernünftige Friedensbedingungen erhält.

#### Polen wartet ab

Rotterdam, 9. August.

Nach einer Warschauer Meldung hat die polnische Regierung nach der Beratung mit den aus Baranowitsch zurückgekehrten Waffenstillstandsdelegierten beschloßen, die Antwort auf die letzte polnische Note, in der bestimmte Bedingungen gestellt wurden, abzuwarten, bevor die Friedensdelegierten nach Minz entsendet werden.

#### Dasezynski verteidigt Warschau

Kopenhagen, 10. August.

Nach einer Meldung aus Warschau äußerte sich der Vizepräsident, Rechtssozialist Dasezynski, Pressevertretern gegenüber, daß die Regierung die Stadt nicht räumen wolle; das diplomatische Korps wolle Warschau nicht verlassen. Zur Verteidigung Warschaws aus werden möglicherweise alle Bürger unter die Fahnen gerufen.

#### Französische Hilfe für Wrangel?

London, 9. August.

Ein Junkspruch Tschitschertus an Kamenev beauftragt diesen, die Vermittlung Englands in einem Streit, der zwischen den Marinebehörden von Odessa und dem Kommandanten der französischen Flotte ausgebrochen ist, herbeizuführen. Tschitschertus behauptet, daß die aus Frankreich gekommenen Transportdampfer Allegrette und Satavia für General Wrangel bestimmte Kriegsgegenstände enthalten. Aus diesem Grunde widersetzte er sich ihrem Auslaufen aus dem Hafen und wünschte, daß die englische Regierung ihren Einfluß geltend mache, damit der Streit gütlich geregelt werde.

#### Die Landsknechte der Reaktion

Kopenhagen, 10. August.

Nach einem Telegramm der „Berlingske Tidende“ aus Warschau meldet die polnische Presse aus ministerieller Quelle, daß in Warschau eine Abordnung des ungarischen Parlaments eingetroffen ist, die Griffe des ungarischen Volkes überbringt, mit der Versicherung, daß die ungarische Nation bereit sei, Polen zu Hilfe zu kommen. Ungarn könne Zehntausende von Männern Polen zu Hilfe senden, außerdem Munition, Getreide, Lazarette.

## Internationale Solidarität

### Die Aktion der englischen Arbeiterschaft

London, 10. August.

Viele große Arbeiterverbände in England haben Beschlüsse angenommen, worin Stellung gegen einen Krieg gegen Rußland genommen wird. Man verlangt die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland und lehnt es ab, Munition für Polen oder für einen Krieg gegen Rußland anzufertigen oder zu transportieren. Die Dondouer Eisenbahner erklärten, falls ein Versuch gemacht wird, neue Gesetze für die Militärdienstpflicht einzuführen, sie ihr Äußerstes tun werden, den Transport aller Regierungsendungen zu verhindern. Die britische Arbeiterpartei erhielt gestern ein Telegramm der deutschen Unabhängigen Sozialisten, worin sie gebeten wird, ihren Einfluß dazu zu benutzen, daß englische Soldaten nicht länger als Streikbrecher in dem Arbeiterkonflikt in Danzig auftreten.

#### Generalstreik bei einer Kriegserklärung

London, 10. August.

„Daily Herald“ sagt, falls die Alliierten Sowjetrußland den Krieg erklären sollten, im ganzen Lande die Arbeit niedergelegt werden würde, um durch den Generalstreik einem Kriege vorzubeugen.

#### Warnung der „Humanité“

Die „Humanité“ warnt in nicht mißzuverstehender Weise die französische Regierung vor dem polnischen Abenteuer. Der Krieg, der sich jetzt zwischen Bug und Weichsel abspiele, sagt das Blatt, sei kein Krieg zwischen zwei Staaten, sondern ein Zusammenstoß der Revolution und Gegenrevolution. Die Niederlage Pilsudskis erscheine wie ein Zusammenstoß der Gewaltpolitik, die die Alliierten

gegen den Bolschewismus betrieben. Seine Konsequenzen würden über Polen, Galizien und Ukraine hinausgehen bis an die Grenzen der weltlichen Welt, wo die Arbeiter den Kampf mit fieberhafter Aufmerksamkeit verfolgten. Gestern sei die Frage gestellt worden: Was wird die Entente tun? Heute müsse sie wieder gestellt werden. Die konservativen Blätter von Paris und London drängten ihre Regierungen, Versprechungen zu halten, die sie Pilsudski gegeben haben, damit ihm genügende militärische Streitkräfte zur Verfügung gestellt würden. „Humanité“ fragt, ob sie sich solche Rückschlüsse überlegt hätten, ehe sie eine derartige Politik begünstigten, ob sie über die öffentliche Meinung dies- und jenseits des Kanals unterrichtet seien und ob sie sich einbilden, daß einer umfangreichen Teilnahme am Krieg die Massen gleichgültig gegenüberstehen und daß sie sich der Mitschuld schuldig machen wollten. Das Proletariat dies- und jenseits des Kanals habe in unzähligen Rundgebungen zu deutlich Stellung genommen, als daß die unintelligentesten Minister sich noch Illusionen hingeben könnten. Die Haltung Frankreichs hänge von der Englands ab, deshalb müsse das französische Proletariat einig sein und sich mit dem englischen in Verbindung setzen.

#### Der Poststreik in Oesterreich

Wien, 10. August.

Der gestern mittag ausgebrochene Streik der Telephon- und Telegraphen-Angestellten in ganz Oesterreich dauert mit unverminderter Stärke an. In den Verhandlungen mit der Regierung ist eine Einigung in nur zwei Fragen höher erzielt worden, und man hofft, daß in den zwei Hauptfragen die Einigung im Laufe des heutigen Vormittags herbeigeführt wird. Die Angestellten der Funktelegraphie sind ebenfalls mit in den Streik getreten. Falls bis heute abend keine Einigung erzielt werden sollte, drohen die Postbediensteten mit dem Sympathiestreik.

### Modenschau

Am Sonntag hat man endlich erfahren, welche Anzüge im kommenden Herbst und Winter die Herren, welche Kleider und Mäntel die Damen tragen sollen. Es war auf der Grunewaldbahn bei Berlin ein Moden-Kennen angelegt worden; die Unternehmer aus der Bekleidungsindustrie hatten diesen Tag für sich mit Beschlag belegt, um einem schaulustigen Pöbel zu zeigen, was die neueste Mode bringt. Alles war an diesem Tage vom Modenkapital gekauft worden; für die Jodens wurde ein hoher Preis ausgesetzt, die Konfektionshäuser schickten ihre Mannequins aus, Probierdamen, die sich dem Publikum zur Schau stellen mußten, Filmsterne und Theatergrößen wurden mit den neuesten Modestücken ausgerüstet. Die bürgerliche Presse berichtete spaltenlang über das Ergebnis dieser Modenschau; man erfährt, welche entzückenden Modelle die großen Berliner Luxusfirmen gezeigt und wie gut diese zu den blühenden Augen und den zarten Gestalten der Filmgrößen und Mannequins gepaßt hätten. Nunmehr brauche man nicht nach Paris zu gehen, wenn man neue Moden sehen wolle. Berlin habe gezeigt, daß es auch auf diesem Gebiete eine führende Rolle spielen könne.

Aber nicht nur die Damen sind durch die Modenschau der Sorgen um das, was sie künftig anziehen sollen, enthoben worden. Schon am Sonntag wußte das „Berliner Tageblatt“ zu berichten, was die Herren anzuziehen haben werden. Auf dem Rennplatz, so wurden wir belehrt, habe „eine leichtere Note“ plattgegriffen; aber auch sie verlange gewisse gesellschaftliche Unterabteilungen, die durch die Verpflanzung „gegenüber der Dame“ bestimmt würden. Wir hörten, daß der schwarze oder graue Saffo mit gestreiftem oder farlicem Beinkleid, dazu Melone und weiße Gamache die gesellschaftliche Herrenkleidung bilde; der einzelne Herr allerdings bevorzuge schottischen Homespun oder kalifornische Gabardine, die auch eine leichtfarbige Gamache und den Strohhut gestatteten. Im kommenden Herbst würden die Herren tragen: Rodpaletots, Frackmäntel, Herrenpelze mit viel Verschönerungen, Sportmäntel mit Leder und dazu den sogenannten Cowboypant.

Während auf diese Weise die besitzenden Klassen und die Kreise, die sich in ihren Dienst gestellt haben, ihre luxuriösen Bedürfnisse zur Schau stellen und aller Welt zeigen, wie sie trotz Wirtschaftskrise auch in den kommenden Monaten aus dem Vollen schöpfen werden, wächst unausgesetzt das Elend in der proletarischen Bevölkerung. Je weiter der Sommer fortschreitet, desto dringender erhebt sich die Frage für das wertvolle Volk, wie es im kommenden Herbst und Winter seine Blöße verdecken soll. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten reichen noch nicht einmal dahin, um das nackte Existenzminimum zu decken. Kein Gedanke daran, daß sie Neuanschaffungen an Kleidung, an Wäsche, an Bettzeug, an Schuhwerk machen könnten. Auf diese Kreise muß die Modenschau wie ein herausfordernder Hohn wirken. Immer neue Betriebe werden geschlossen oder die Arbeitszeit wird in ihnen herabgesetzt, die Erwerbslosenziffern steigen unausgesetzt, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel gehen ohne Aufhören in die Höhe, immer schwieriger wird es für den Arbeiter, für den Angestellten, für den Beamten, über die Rote dieser Zeit hinwegzukommen.

Vor einigen Tagen hat die „Frankfurter Zeitung“ sich mit dem Thema „Moral und Wirtschaft“ beschäftigt. Es war dort zuerst die Behauptung wiedergegeben worden, daß in vielen Fabriken von den Arbeitern ein Terror verübt werde. Komme man aber, so fragt das Blatt, mit Enttäuschung gar zu weit? Sei es nicht besser, den tieferen Ursachen nachzugehen? Und da werden neben den Behereien und der durch den Krieg großgezogenen Verrohung doch wohl die materielle Not vieler Arbeiterkreise zu erwähnen sein.

„Es ist keine Hebertreibung“ so lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 547 vom 7. August, „wenn man feststellt, daß heute nur ganz besonders bevorzugte Arbeiter in Deutschland in der Lage sind, über die mehr oder weniger genügende Ernährung hinaus noch Geld für Anschaffungen auszubringen. Das hat neulich sogar ein Unternehmerverband, auszubringen. Das hat neulich sogar ein Unternehmerverband, derjenige der Schulfabrikanten, anerkannt, als er vor einem derartigen Lohnabbau selbst für den Fall einer möglichen Preisermäßigung warnte, da erst dann die Arbeiter die seit Jahr und Tag vernachlässigte Kleidung ergänzen könnten. Und wie es in dieser Beziehung hinter den Kulissen oder besser gesagt mit den Unterleibern aussieht, und zwar nicht nur bei den Handarbeitern, das wissen am besten die Ärzte. Wenn man von besonders bevorzugten Klassen, wie etwa jugendlichen Arbeitern und Angestellten beiderlei Geschlechts oder Familien mit erwachsenen, also voll mitverdienenden Kindern absieht, so sind diese Befände schon ungenügend gewesen, als noch die Industrie voll arbeitete. Inzwischen aber ist notorisch in diesen Gewerben die Arbeitszeit von 48-44 auf 30-32 Stunden und damit automatisch der Lohn um ein gutes Drittel verkürzt worden. Nun kommt gerade in diesem Augenblick der zehnprozentige Steuerabzug, dessen ethische und ethische Berechtigung an und für sich ebensowenig bestritten werden soll wie seine faktische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Arbeiter, der im April mit 250 Mark Wochenlohn noch nicht einmal seine Amortisationsquote decken konnte, soll jetzt mit 160 minus 16 gleich 144 Mark zurecht kommen. Das sind Erwägungen, die doch auch Unternehmer und Kapitalisten auf den sollten. Auch



das Heer der Angestellten und Beamten, die neuerdings fast mit Weib und Kind von den glänzenden Arbeitereinkommen sprechen, sollten hamehrhin berücksichtigen, daß zwar auch für sie der zehnprozentige Steuerabzug, nicht aber die Beitragsbeschränkung mit ihren fatalen materiellen Folgen eingetreten ist.

Nun würde der Arbeiter vielleicht mit dem Hinweis auf unsere Zwangslage beruhigt und auch ohne weiteres zum Steuerabzug zu bewegen sein, wenn er dabei nicht immer aufs neue für ihn schwer erträgliche einseitige Belastung erbliden würde. In doppelter Hinsicht: Bei uns, beim Proletariat, so sagt der Arbeiter, liefern er überhaupt aus dem vermittelten Steuerabzug flug wird, wird mit geradezu militärischer Pünktlichkeit die Steuer eingezogen, bei den anderen, den Reichen ist daran gar nicht zu denken. Ihnen wird Zeit und Gelegenheit gegeben, über das Kapital, das ihnen steuermäßig gar nicht mehr gehört, legitim und illegitim voll zu verfügen und zu allem Überdritt durch übermäßigen Verbrauch die Preise hochzuhalten. Vor allem aber, so hört man immer wieder in Arbeitertreihen: das Einkommen der Arbeiter wird weit unter das Existenzminimum gedrückt, unter Hinweis auf die schlechte Zeit. Das Einkommen des Kapitals aber steigt trotz angeblich schlechten Zeiten. Seht doch nur auf die Dividenden! Und diese moralische Entrüstung löst sich dann gar zu leicht in unmoralische Handlungen aus, wie etwa die nicht zu entschuldigende Verletzung des Direktors der Adlerwerke und vielen Leidensgenossen aus.

Solche verständigen Ausführungen kann man in der bürgerlichen Presse nur selten antreffen. In der Regel entrüstet sie sich im einstimmigen Chor über die Ansprüche der Arbeiter und gibt ihnen gute Lehren darüber, daß es doch ihre moralische Pflicht sei, die Hauptlasten für den Staat in Form des Lohnabzuges und ähnlicher steuerlicher Ausnahmegestimmungen auf sich zu nehmen.

Es ist aber nicht nur der schreiende Gegensatz zwischen der luxuriösen Verschwendung, wie sie von den kapitalistischen Kreisen und ihren Schmatzern am Sonntag zur Schau gestellt wurde, und der Verelendung, der die werktätige Bevölkerung verfallen ist. Viel aufreißender muß es wirken, daß in einer Zeit, in der Deutschland und mit ihm ganz Europa von einer der furchtbarsten politischen Krisen geschüttelt wird, die Bourgeoisie Zeit findet und den Mut aufbringt, solche Veranstaltungen zu treffen. Der Imperialismus der Entente rüstet dazu, um einen entscheidenden Waffengang gegen den russischen Kommunismus zu unternehmen; auf des Messers Schneide steht die Gefahr, daß Deutschland in einen Kriegsausbruch verwandelt wird, daß der Wahnsinn des Völkermordes in vervielfachter Ausdehnung sich wiederholt. Die Organisationen des Proletariats haben in energischer und würdiger Weise ihren Willen bekundet, die Verletzung der deutschen Neutralität zu verhindern, und sie haben erklärt, daß ihre Sympathien bei Sowjetrußland sind. Die Bourgeoisie dagegen weiß nichts anderes zu tun, als sich an Modenschauen zu ergötzen und an den Vorführungen des Luxuspöbels teilzunehmen.

Jedoch, mit moralischen Betrachtungen ist nichts getan. Je toller es die Bourgeoisie treibt, desto tiefer und weiter muß die Erkenntnis in das Proletariat dringen, daß eine vollständige Umwälzung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig ist, um den Wahnsinn, der mit dieser Modenschau wieder einmal an den Tag getreten ist, zu beseitigen. Auch die Arbeiterklasse will, daß die Menschen schön und abwechslungsreich gekleidet gehen. Aber sie verlangt, daß das nicht ein Vorrecht der bestehenden Klasse bleibt, das auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung erkauft ist, sondern daß das ganze Volk daran Anteil nehmen solle. Ungeheuer ist der Bedarf der werktätigen Bevölkerung an Lebens- und Gebrauchsmitteln aller Art; aber je größer dieser Bedarf ist, desto mehr wird seine Deckung durch die Wirtschaftskrise und ihre Velleiterleistungen verhindert. Die kapitalistische Produktionsweise ist ganz auf das Profitbedürfnis der bestehenden Klasse eingeleitet, diesen ist es möglich, einen tollen Modenluxus zu treiben zur selben Zeit, in der die Masse der Bevölkerung in Kleiderlegen herumläuft.

Nicht mit moralischen Betrachtungen macht man diesem Wahnsinn ein Ende, sondern nur durch den geschlossenen Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Verwirklichung des Sozialismus wird einem Zustand ein Ende machen, der in der Modenschau eine seiner widerlichsten Blüten gezeigt hat.

**Annahmengesetz für den Freistaat Danzig.** Der von der verfassunggebenden Versammlung angenommene Entwurf zu einem Annahmengesetz für den Freistaat Danzig ist vom Oberkommissar Tower unterzeichnet worden und hat damit Gesetzeskraft erlangt.

## Flammen

Man darf über den Kampf gegen das weißgardistische Bösen nicht vergessen, daß es dort auch Revolutionäre gab und gibt. Tapfere Herzen und Kämpfer der Freiheit finden wir dort bei aller Unterdrückung, wie in anderen östlichen und westlichen Ländern. Lebendig begraben in den Katakomben der Peter-Pauls-Festung oder in Sibirien, ersehnten sie bis zum letzten Atemzuge nur den einen Sieg: die Zukunft zu gestalten. Der zweibändige Roman „Flammen“ von Stanislaw Brzozowski der (von Leo Richter aus dem Polnischen überetzt) jüngst im Verlage Richard Bong, Berlin, erschien, führt in die Kreise der Männer und Frauen der „Kobonaja Wosja“, die das Attentat gegen Alexander II. mit Aufopferung ihres Lebens vorbereiteten und durchführten. Sie erwarteten den Tod dieses Autokraten wie jene Stimme des Rechtes, welche Millionen gefnechtet und unterdrückter Existenzen die Menschenwürde wiedergibt. Das zaristische Rußland, die Verneinung des Menschen, die Vergewaltigung des Menschen, die bleiche Furcht verbreitende Uebermacht, Rußland, das Land des düsteren Wahnsinns von Millionen, fühlte, daß es lebt, daß in ihm eine neue Kraft atmet und wacht: der gewappnete Gewante.

Ueber die terroristische Bewegung hinaus sind hier die sozialistischen und menschheitlichen Ideen, von denen diese Menschen erfüllt sind, zur lebendigen Darstellung gebracht. Probleme der Gegenwart sind in weitestem Maße aufgerollt. Das Vorbild der großen russischen Romane leuchtet über dem Ganzen. Der Held des Buches, Michael Kanowski, aus dessen angeblich hinterlassenen Aufzeichnungen die bedeutendsten historischen Gestalten der russischen revolutionären Ära vorübergeleitet (besonders Wjera Flegner, Sonja Perowska, Michailow, Schelaboff u. a. m.), hat auch während der Strahlenkämpfe der Kommune auf dem Pariser Pflaster gestanden. Er kämpft nicht nur für die russische Gemeinde, er kämpft für die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft, das neue Jerusalem der Freiheit und Arbeit. Die amtlich offizielle Welt, sagt er, diese ganze bestehende Gesellschaftsordnung, hüte sich doch nur auf die Unwissenheit, die Passivität der Massen. In dem Augenblick, wo diese begreifen würden, daß sie alles sind, und wo sie den Mut haben würden, sich auf sich selbst zu verlassen, würde dann diese Scheinbar so fest und sicher dastehende Welt nicht in Nichts zusammenstürzen? In einer Stelle der Aufzeichnungen heißt es weiter: „Es waren wirklich seltsame, ungewöhnliche Zeiten. Zu Tausenden konnte man damals die jungen Leute zählen, welche

## Spartakus macht sich selbständig

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe einen langen Aufruf, in dem die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, über die deutsche Neutralität zu wachen und den Durchzug französischer Truppen durch Deutschland zu verhindern. Es heißt in dem Aufruf:

„Bricht die deutsche Regierung die Neutralität oder unterstützt sie auch nur indirekt den Feldzug gegen Sowjetrußland, dann muß der Kampf gegen diese Regierung mit aller Kraft aufgenommen werden. Dann ist der Generallstreik und bewaffneter Aufstand das einzige Mittel zur Rettung vor dem Untergang. Das wird der schwerste Kampf, den Ihr je unternommen habt. Denkt an die Erfahrungen der früheren Kämpfe. Sie scheiterten nicht zuletzt daran, daß Ihr nicht die Leitung hattet, die rücksichtslos bereit war, Euren Willen zu vollziehen. In diesem Kampf muß die gesamte Arbeiterklasse geschlossen marschieren und schlagen. Darum können nicht die Gewerkschaftsführer und nicht die einzelnen politischen Parteien die Leitung übernehmen; das können nur die von Euch selbst gewählten und kontrollierten politischen Arbeiterräte.

Arbeiter! Seid Euch klar darüber, daß die Scheidemänner und die Kartstyaner, die heute erklären für die Neutralität einzutreten, nur auf den Augenblick warten, um Euch in den Rücken zu fallen, wenn die deutsche Regierung ihre Wüste abnimmt. Vor dem russischen Proletariat und der revolutionären Aktion der deutschen Arbeiterklasse haben diese Verräter mehr Angst als vor der Gegenrevolution. Wollt Ihr den Verrat aus Euren Reihen ausschalten, dann übernehmt selber die Leitung des Kampfes, dann wählt sofort bei Eintritt in den Generallstreik an jedem Ort, in jedem Bezirk politische Arbeiterräte, die sich zentral zusammenschließen.

Zwei Tage vorher haben die Kommunisten gemeinschaftlich mit den „Gewerkschaftsführern“, den „Scheidemännern“ und den „Kartstyanern“, die von ihnen heute beschimpft werden, den Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse erlassen, worin zur Sicherung der Neutralität aufgefordert wurde. Wie die Arbeiterklasse geschlossen marschieren und schlagen soll, wenn dieser Marsch damit beginnt, daß ein Teil der Arbeiter dem anderen die Köpfe einschlägt, das mühten uns die Kommunisten noch erklären. Zum Glück repräsentiert Spartakus nur einen winzigen Teil der deutschen Arbeiterklasse, und wenn er sich jetzt selbständig macht, so wird er die Geschlossenheit der Arbeiterklasse in dem Kampfe für die Neutralität Deutschlands nicht beeinträchtigen können.

Damit der Humor bei der Sache nicht fehle, veröffentlicht die „Rote Fahne“ in derselben Nummer einen Bericht über die Gründung der Britischen kommunistischen Partei. Auf dem Gründungskongreß wurde beantragt, daß man sich der Arbeiterpartei anschließen solle, zumal auch Lenin diesen Anschlag befürwortet habe. Der Antrag wurde auch mit geringer Mehrheit angenommen. Die englische Arbeiterpartei wird von den Kommunisten noch ärger beschimpft als die deutschen Scheidemänner. Trotzdem gehen sie eine Zeltgemeinschaft mit ihr ein. Es scheint also, daß die Kommunisten überall dieselbe Methode befolgen: um ihren geringen Einfluß zu verbergen, beschimpfen sie die übrige Arbeiterbewegung, zugleich aber begeben sie sich unter deren schützendes Dach, wenn das politische Wetter schlecht zu werden beginnt.

## Eine Leuchte der Rechtssozialisten

Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Bereine hat am Sonntag in Magdeburg eine Tagung abgehalten. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat dort „zu unserem Erstaunen“ der Bundestagspräsident von Anhalt, „Genosse“ Peus, ein Referat gehalten, in dem er folgendes ausführte:

„Das Haus ist im übertragenen Sinne ein erweiterter Hof. So wenig ein Mensch sein ganzes Leben hindurch einen geborgten Hof tragen will, so wichtig ist es, daß er Gelegenheit erhält, sein eigenes Heim zu besitzen. Hierzu die Möglichkeit zu schaffen, seine sich für die Ansparung des erforderlichen Kapitals ein. Die soziale Frage sei mehr als zur Hälfte gelöst, wenn jeder Mensch mindestens 10 000 M. zum Wohnungserwerb anspare, denn dann gebe es keine Proletarier mehr und auch der Hausbesitzer habe gleichzeitig die Gewähr, daß er nur sichere Mieter erhalte. Da aber freiwillig diese nicht zu dieser Sparsamkeit anzuhalten seien, müsse der Staat sie dazu zwingen. Er habe sich dieser Tage bereits für eine 50 prozentige Erhöhung aller Mieten eingestellt, um den Hausbesitzern die Möglichkeit zur Beseitigung der Hausgärten zu geben. (Zuruf: Viel zu wenig!) Er sei auch bereit, sich für mehr einzusetzen, wenn man ihm die Notwendigkeit nachweise. Er wolle damit nur darauf, daß auch in seinen Kreisen mit der Anschauung gedrohen sei, daß die heutigen Mieten noch angemessen seien.“

Der „Vorwärts“ ist über diese Ausführungen ganz entsetzt; er meint, daß sie mit Sozialismus nichts zu tun hätten und im Grunde genommen nur jene manchesterlichen Lehren seien, die

Ihr Vaterhaus, Wohlstand, kurz alles im Stich lassen, um ins Volk zu gehen, mit dem Volke zu arbeiten und eins mit ihnen zu werden, um zu keinem Gedanken, keinem Gewissen und Willen zu werden. In meinem geistigen Auge ziehen die teuren Gestalten aller derer vorüber, die auf den Stappen elend zugrunde gegangen, die nach vielen langen Jahren der Entfremdung dem Wahnsinn zum Opfer gefallen waren, am Galgen oder in der Katorga gendel hatten.“

Wenn der Verfasser von sich sagt, nicht die geringste Tragik des damaligen Kampfes war sein Mangel an Plastik, so ist dieser Mangel auch ein Kennzeichen seiner Darstellung. Niederlagen und Siege spielten sich in der Tiefe der Seelen ab. Alle diese Revolutionäre führten ein dunkles und nervenzerrütendes Leben. Die Stimmen der Kameraden und Freunde drangen nur gedämpft aus der Ferne herüber. Man begrüßte sich und nahm Abschied voneinander im Dunkel und in eisiger Hoff. Aber gedankenreiche Gespräche sind in voller Breite mit allerhand philosophischen Ekturten wiedergegeben. Hier atmet die slavische Seele. Es ist alles fest und mit Liebe, ohne Sentimentalität durchdrungen. Alles Dramatische und die explosivsten Ereignisse sind nur mit wenigen Worten knapp gestreift, als ob der Verfasser jede äußere Wirkung und Spannung fürchtete und jede künstlerische Verbrämung verachtete. Dennoch blüht es an manchen Stellen von reinster landschaftlicher und keilischer Schönheit. Diese vor nichts zurückweichenden Naturen, denen aber die Gewalt niemals Selbstzweck, sondern nur furchtbarste Gegenwehr ist, haben eine unfagbare Keuschheit des Empfindens. Alles ist von Liebe, Tod und Ewigkeit, wie von einem fernem flüchtigen Strahl berührt. Und noch im rein gedanklichen Ausdruck gebiert sich die unendliche Sehnsucht dieser Menschen.

Nicht alles ist leicht verständlich und anschaulich visionär geschildert. Manches setzt Kenntnisse der besonderen polnischen Geschichte und Literatur voraus. Aber es ist doch voller Aktion und Kampfstimmung ein gewaltiges historisches Epos der Revolution, das uns nahe geht und uns von großem, bleibendem und mehr als literarischem Werte dünkt, auch wenn es mehr rückwärts schauend erklärt, als Wege vorausweisend findet. Du fragst nach dem Sieg, so liegt der Grundaktord dieses Buches: Niemals bin ich allein, niemals werde ich allein sein. Fühlst Du denn nicht, daß wir in jedem Augenblick siegen, daß der Sieg in uns das ist, was allem Handhalten weh. Das unvergängliche, große, freie, goldene Herz der Menschheit! Mit dem vollen Bewußtsein dessen, daß sie verloren sein werden, gingen diese Revolutionäre

Eugen Richter in seiner berühmten „Spar-Agnes“ verkörpert habe. In den meisten Arbeiterfamilien lände heute nicht einmal so viel erspart werden, um die notwendigen Neuanschaffungen an Kleibern, Stiefeln, Hausrat usw. zu besorgen. Diesen Familien solle „Genosse“ Peus einmal zeigen, wie sie noch 10 000 M. zurücklegen können, um eine eigene Wohnung zu erwerben, die heute mindestens 30 000 M. kostet.

Die Entrüstung des „Vorwärts“ über seinen Freund Peus ist nicht ganz angebracht, denn was Peus bei den Hausbesitzern verzapft hat, bildet nur einen Teil der Weisheiten, die sonst aus seinem Munde fließen. Bisher war der „Vorwärts“ ganz damit einverstanden, daß Peus, der kaum ein radikaler Kleinbürger ist, zu den Leuchten der Rechtssozialisten gezählt wurde. Deshalb ist es Unrecht, daß das Blatt ihn nur deshalb abschüttelt, weil er der Partei durch eine gelegentliche Äußerung unbedeuten wird.

## Gegen das Entwaffnungsgesetz

III. München, 10. August.

Die unabhängigen Sozialisten hielten gestern unter dem Thema „Die kommende Militärdiktatur“ zwei Massenversammlungen gegen das Entwaffnungsgesetz ab, wobei der Reichstagsabgeordnete Genosse Unterleitner die Stellungnahme unserer Partei durch die Erklärung präziserte, die deutsche Arbeiterklasse sei in dem gegenwärtigen gewaltigen Ringen berufen, sich jetzt zu halten, um im richtigen Augenblick eingreifen zu können.

## Die Obergelben und die Reaktion

Wir machten in der Morgenausgabe Mitteilung von der wackrigen Haltung der gelben Gewerkschaftsgruppe zur Wahrung der Neutralität durch die Wackamkeit der Arbeiter und Beamten und deuteten an, daß aus der Wahrung dieser Verbände zur Wahrung der Staatsautorität eine der „Deutschen Zeitung“ verwandte Auffassung spreche. Dieses Blatt bezieht sich nun, unsere Voraussicht zu bestätigen. Es hebt hervor, daß die Rundgebung der Obergelben „in einem wohlthuenden Gegensatz“ stehe zu dem Aufruf der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes, dem sich nachträglich auch die USA angeschlossen hat. Die Wahrung der Regierung zur Besonnenheit komme viel zu spät. Es zeige sich daran, daß die Regierung völlig unter der Herrschaft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften steht. ... Vor allen Dingen wenden wir uns nochmals, wie schon so oft, dagegen, daß sich die Sozialdemokraten Rechte anmaßen, die ausschließlich der vom ganzen Volke gewählten Regierung zustehen. Wir wollen keine Militärdiktatur, auch keine verkappte.“

Den Herrschaften scheint ein wirklicher Schuß der Neutralität in der Tat unbedeuten zu sein.

## Die bayerischen Einwohnerwehren

III. München, 10. August.

In der gestrigen ersten Versammlung der bayerischen Landesbauernammer erklärte der zum Vorsitzenden gewählte Abg. Dr. Heim, es bestehe noch keine Klarheit darüber, ob die Einwohnerwehren überhaupt unter das Entwaffnungsgesetz fallen. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, der bayerischen Regierung den Wunsch zu übermitteln, daß die bayerischen Einwohnerwehren erhalten bleiben.

Es wird notwendig sein, daß die Reichsregierung die von den bayerischen Reaktionen vermittelte Klarheit sofort schafft. Der Herr Reichskommissar hat hier eine günstige Gelegenheit zu zeigen, was er ist. Wir erwarten, daß er sie nicht unbenutzt vorübergehen läßt.

## Noch eine Paßverweigerung

Die mächtige Föderation der Syndikate der Lehrer und Lehrerinnen Frankreichs und der Kolonien hatte den Verband sozialistischer Lehrer Deutschlands zu einem Internationalen sozialistischen Lehrerkongreß vom 12. bis 15. 8. nach Bordeaux geladen. Durch die Unterstützung hochherziger Genossen wurden die 103 Lehrer in die Lage versetzt, diesem Kufe zu folgen. Gewarnt durch die Verweigerung der Einzelreise Lebehouds, verließen unsere Vertreter unter allen nur denkbaren Vorkehrungsmaßnahmen die Einreiseerlaubnis zu erlangen. Umsonst! Schmerz im Herzen, müssen nun die 103 Lehrer auf die Teilnahme am dem 1. Internationalen Kongreß sozialistischer Lehrer verzichten.

Wir geben unseren französischen Genossen die feste Versicherung unserer vollen Solidarität in ihrem Kampfe gegen ihre kapitalistisch-militaristische Regierung und versprechen ihnen, nicht zu ruhen, bis trotz aller Widerstände der Grund zu einer sozialistischen pädagogischen Internationalen als integrierenden Bestandteil der großen revolutionären Internationalen gelegt ist.

Der Vorstand der U.-S.-P.-Fraktion des Verb. 103. Lehrer.

den Weg des Todes, denn sie glaubten, daß er das Leben der künftigen Menschheit aufbaue. Dort, wo bisher passiver, lebloser Geschichtsstoff war, da lebt jetzt der Menschengebanke. Und der Revolutionär ist glücklich, wenn auch erst aus unseren Knochen, aus unseren Gräbern, der belebende erfrischende Sturm kommen sollte.

## Der gefühlvolle Militarist

Als dieser Tage Oberwachmeister Sommerborn von der Sicherheitspolizei wegen Waffenschließungen verhaftet wurde, gab er, wie bereits mitgeteilt, bei seiner Verhaftung an, es hätte ihn als alten Soldaten geschmerzt, zu wissen, daß die schönen Waffen durch die Entente vernichtet werden. Er sei seinerzeit Augenzeuge der Vernichtung von 200 Infanteriegewehren gewesen, was eine harte seelische Depression bei ihm hervorgerufen hätte. Wie rührend empfindlich ist doch so eine alte Soldatenseele, wenn es an die schönen Wordinstrumente geht, mit denen man so lustig den „Äußerer und Inneren Feind“ niederknallen kann. Aber sie bleibt stumpf und ungerührt oder aimete gar tiefe Befriedigung, wenn das „Menschenmaterial“ in den Tod geschickt wurde, wenn alte Landsturmmänner geschunden und in den Hintern getreten wurden, wenn gemeine Soldaten vorgegriffen und im Maschinengewehrfeuer teilweislich niedergemäht wurden, wenn die Mannschaften in den Granatlöchern und im Drahterbau elender als das Vieh zu Grunde gingen, wenn Menschenleiber von Vorgelegten beschimpft, besudelt und in den Kot getreten wurden, wenn Tausende und Abertausende dahinsanken, verreckten, verfaulten — alles zur „höheren Ehre“ des Militarismus und zugunsten einer eroberungsfähigen Kriegsbande. Die Vorgelegten begingen Verbrechen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder hielten sie gut, aber ihr Herz krampte sich erst zusammen, wenn die Waffen vernichtet werden sollten. Wir haben schon allen Grund stolz zu sein auf diese militaristische Gesellschaft und ihre „edlen“ Gefühle!

Sie hat noch immer ihre Verehrer. So schreibt — ernsthaft! — in der Sonntagsnummer des roten „Tag“ Herr Ludwig Werner, Mitglied der Preussischen Landessammlung, bei Gelegenheit der Straßensäuberung und der Auflösung des Heeres: „Die bloßer bewährten Kräfte des Unteroffizier- und Militärkammerstands sind ... am besten geeignet zum Woff des Staates und zur Führung der aufs tiefste gesunkenen Volksmoral.“ — Ka also!



# Alfons und Wilhelm

Der „Matin“ veröffentlicht den Bericht über eine Unterredung, die eine französische Persönlichkeit am 2. März 1917 mit dem spanischen König Alfons XIII. gehabt habe; Alfons habe sich darin erboten, Oesterreich von Deutschland zu trennen. Bei dieser Gelegenheit erzählte der spanische König, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, warum er Wilhelm II. nicht liebe. Alfons XIII. erklärte:

„Sie können sich denken, daß ich mir nicht die Idee einer direkten Intervention bei England und Deutschland in den Kopf gesetzt habe. Ich habe keine Neigung, die beiden Doggen auseinander zu bringen.“

Ich nehme übrigens an, daß Sie die Gefühle kennen, die ich gegenüber dem Deutschen Kaiser hege.

Wir stehen seit zwölf Jahren nicht gut miteinander — seit dem Zwischenfall von Vigo, den man Ihnen wohl, mehr oder minder, erzählt haben dürfte.

Als ich achtzehn Jahre alt war, ernannte der Kaiser Wilhelm mich zum Obersten eines seiner Regimenter. Das ist so Brauch, und außerdem dachte er, es würde Sie (die Franzosen) ärgern. Einige Monate später kommt er nach Vigo. Ich gehe an Bord seines Militäraffaires einfache Uniform (de jour) angelegt habe. Während der Reise über ich mich in meinem Wagon in recht schnelligen und preußischen Grundsatzreden an ihm und ihm zu machen.

Als ich auf Deck komme sehe ich, daß alles um ihn herum in großer Unruhe ist, und ich erkenne, daß man mich zu einer Dummheit verleitet hat. Aber das Schlimmste ist, daß ich im Augenblick, wo ich vor ihm stehe, all meine Schmeicheleien, alle kleinen Liebkosungen, die ich gemacht hatte, vergeße und loslasse...

Er machte mir vor seiner militärischen Umgebung und vor der meinigen eine Szene mit Vorwürfen — — — und Sie wissen, wie ich das liebe. Er macht mich auf meine Ungenauigkeit, auf die Unkorrektheit meines Anzuges aufmerksam, und so weiter.

„Wenn man kommt, den deutschen Kaiser zu begrüßen, muß man große Uniform anlegen. Das hättest du nicht vergessen sollen!“

„Aber es war dein Militäraffaire, der mich falsch informiert hat!“

„Wie? Dein Militäraffaire? Habe ich die etwa erlaubt, mich zu duzen?“

„Habe ich dir selbst diese Erlaubnis gegeben?“

Und die Szene ging in diesem Tone weiter.

Seit dieser Zeit gibt es keine kleine Gemeinheit, die er mir nicht anzutun versucht hätte, namentlich bei meiner ersten Reise in Deutschland.

Vor drei Wochen hat er mir durch meinen Vetter, den Kaiser von Oesterreich, den Text der deutschen Note über die Blockade (das den Unterseebooten preisgegebene Gebiet) überlesen lassen, zwei Tage, bevor sie veröffentlicht wurde. Er wünschte, ich sollte ihn meine persönliche Meinung wissen lassen, ganz als Kamerad und Freund. Ich habe mich darauf beschränkt, ihm zu antworten: „Ich glaube, du bist völlig verzückt.“ (Je pense que tu es complètement fou.) Acht Tage darauf schickte ihm meine Regierung eine längere und mehr abgemessene Antwort, die ihm nicht besser gemundet haben dürfte, als die erste.

Ob diese Geschichte vollkommen wahr ist, können wir nicht beurteilen. Aber ohne Zweifel entspricht sie dem Wissen, in dem die höflichen Auseinandersetzungen, besonders wenn Wilhelm daran beteiligt war, vor sich gegangen sind. Man erkennt auch daran wieder, wie es in den Kreisen zugeht, die sich „von Gottes Gnaden“ berufen fühlen, die Völker zu regieren.

## Späte Erkenntnis

Am Sonntag hielt der Bezirksverband Groß-Berlin der S. P. D. seinen Bezirksrat ab. Aus dem „Vorwärts“-Bericht ist zu ersehen, daß auf dieser Tagung ein anderer Ton herrschte, als man ihn bisher gewöhnt war.

Franz Krüger, der den Geschäftsbericht des Vorstandes gab, betonte, daß das Erkennen der Reaktion hauptsächlich den Vorkämpfern von links im Januar und März vorigen Jahres zuzuschreiben sei. Diese hätten auch die Rostischen Maßnahmen verurteilt. Damit sei auch die Errichtung der „Technischen Rothilfe“ zu rechtfertigen. Krüger behauptet, es sei unwahr, daß der Bezirksverband oder er persönlich die Technische Rothilfe ins Leben gerufen habe. Krüger sagte: „Unter den damaligen Verhältnissen, wo die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe drohte, war die „Technische Rothilfe“ eine Notwendigkeit, womit auch unsere Parteimitglieder einverstanden waren. Mit der Zeit hat die „Technische Rothilfe“ aber einen Einfluss bekommen, den wir nicht billigen. Sie ist auf dem Wege, eine Organisation zu werden, die, ohne daß dringende Notstände vorliegen, die Arbeiterbewegung schädigen will. Das es so kommen konnte, daran sind die Gewerkschaften nicht unschuldig, da sie das Mitwirken an der Technischen Rothilfe und den Einfluss auf dieselbe abgelehnt haben. Heute werden auch wir Stellung gegen die Technische Rothilfe, wie sie jetzt ist, nehmen müssen.“

Man mache aus Deutschland ein Kadettenhaus, und die deutschen Unteroffiziere zum Schulmeister — dann werden wir wieder ein fröhliches festes Volk werden, dem die Sommerform, Marock und die zeitweiligen Helden von Mechterstedt als nationale Paladine voranleuchten.

## Tollers Drama

Ernst Toller schreibt uns aus dem Festungsgefängnis, daß das Manuskript seines neuen Dramas „Masse Mensch“ beschlagnahmt worden sei und fügt seinem berechtigten Protest gegen dieses Vorgehen hinzu:

„Es geht die Sage, daß vor noch nicht zwei Jahren ein „Geflügeltes“, namens Kurt Eisner, bayerischer Ministerpräsident war. Diese Historie ist wohl ebenso eine Legende wie die, daß wir eine Revolution hatten. Ein andere Mär indessen könnte Wirklichkeit werden:

Ein fortgesetzter König Hohenzollern (in seinem früheren Reich, versteht sich) Ehrenschelben, Wozu die Republik beschloß, Nicht länger Republik zu bleiben.

Mit besten Grüßen  
Ihr Ernst Toller.

Theater und Puppentheater können nach dem Entwurf des Sozialisierungsgesetzes, wie er von der Sozialisierungskommission vorgeschlagen ist, ohne Zustimmung der Reichsregierung von den Gemeinden unter ihre Kontrolle gebracht und kommunalisiert werden. Dieser Gedanke wird, wie die „Post“ sagt, nicht von der Bühnengemeinschaft sehr stark unterzückt, da die Schauspieler dadurch frei würden von den Direktoren als privaten Unternehmern und von den Gemeinden größeres finanzielles Entgegenkommen erwarten. Es sprechen aber auch noch andere Gründe für diesen Schritt.

Der Rücktritt Max Reinhardts von der Direktion des Deutschen Theaters und des Großen Schauspielhauses, mit dem schon öfters (zuletzt wegen der Lustbarkeitssteuer, und soderner Angebots aus Amerika) gedroht wurde, soll wieder einmal bevorstehen. Als Nachfolger werden Gerhart Hauptmann und Felix Holländer genannt.

Die Ausfuhrabgabe für deutsche Bücher, die im Auslande dadurch ungemein verteuert wurden und bei der Höhe der Umrechnungslücke den Export lahmlegten, ist erheblich herabgesetzt worden.

Krüger wandte sich dann der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu. Durch die Haltung der Unabhängigen, die sich für die Unterzeichnung entschieden hätten, sei die Opferbereitschaft des deutschen Volkes zerstört worden, deshalb hätte der Vertrag unterzeichnet werden müssen. Zum Rapp-Putsch übergehend, bedauerte Krüger, daß die bekannten acht Punkte nicht durchgeführt worden seien. Bei der Durchführung der acht Punkte hätten zum großen Teil auch ihre eigenen Genossen, die in der vorigen Regierung waren, versagt. Wörtlich sagte Krüger:

„Nichts ist geschehen hinsichtlich der Reform der Reichswehr, der Entwaffnung der Reaktionskräfte, der Reform der Verwaltung, und die Aufhebung des Belagerungszustandes und der außerordentlichen Kriegsgesetze ließ lange auf sich warten. Die härtesten Urteile wurden im Ruhrrevier gegen Arbeiter gefällt, während die Rapp-Berliner nicht gefaßt werden. (Zustimmung.) In Verwaltungs- und Militärkreisen scheint man nach dem Rapp-Putsch zu der Meinung gekommen zu sein, daß die Regierung ihnen gegenüber machtlos sei, als sie es vorher war.“

Die Reichstagswahl sei nach Lage der Verhältnisse nicht ungünstiger ausgefallen, als zu erwarten war. Zum Schluss befürwortete der Redner eine rege Organisationsarbeit, damit die Organisation für alle Fälle schlagkräftig da stehe.

Nach dem Kassenbericht, den Bagels gab, setzte eine lebhaft diskutierte ein, in der u. a. Dr. Goldschmidt (Berlin) erklärte, daß die neuen Mitglieder zum größten Teil aus bürgerlichen Kreisen kommen, während die älteren Mitglieder nach links abgeschwenkt seien. Weiter sagte er, daß bei der Gründung der „Technischen Rothilfe“ ein Bezirksvorstandsmitglied ein Verzeichnis mitunterzeichnet habe, was zu der Annahme berechtigte, daß der Bezirksvorstand an der Gründung beteiligt war. In Krügers Ausführungen könne er sagen, es sei mehr Freude über einen Sünden, der Buße tut, als über 99 Gerechte.

Dr. Paul Lenß machte der Redaktion des „Vorwärts“ den Vorwurf, sie habe während und nach dem Kriege eine unklare pazifistische Gesinnungspolitik getrieben. Dagegen wandte sich Prolat. Durch die von Lenß während des Krieges vertretenen Anschauungen seien Folgen entstanden, die anscheinend Lenß jetzt selber als unangenehm empfinde. Weiter erklärte Prolat, daß es nicht richtig gewesen sei, daß sie alle verkörpert hätten Maßnahmen in ihrer Genossen in der Regierung gestiftet hätten. In Zukunft würden sie sich das Recht der Kritik vorbehalten.

Es ist sehr erfreulich, wenn die S. P. D.-Leute zu der Einsicht gekommen sind, daß die von ihren Genossen betriebene Regierungspolitik, ganz besonders die Rostische Gewaltpolitik, eine verkehrte gewesen ist. Wenn sie sich jetzt an der Bekämpfung der „Technischen Rothilfe“ beteiligen wollen, so haben sie in Berlin im Rahmen der Gewerkschaften dazu die beste Gelegenheit. Wir können es nicht unterlassen, auf die schweren Folgen hinzuweisen, die in gewerkschaftlicher Beziehung die „Technische Rothilfe“ verursacht. Das S. P. D.-Leute, die selbst langjährige Gewerkschaftsführer waren, sich dazu hergeben konnten, an der Errichtung einer Organisation mitzuhelfen, die zur Bekämpfung von Streiks, die von den Gewerkschaften zur Abwehr schlechterer wirtschaftlicher Verhältnisse geführt werden müßten, wie es z. B. bei dem großen Metallarbeiterstreik in dem letzten Jahre der Fall war, ist eine Schmach, von der sich die S. P. D. niemals reinwaschen kann.

## Zur Nachahmung empfohlen.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ meldet aus Frankfurt a. M.: Zwischen dem Verband der Metallindustriellen für Hessen-Rhassan und die angrenzenden Gebiete einerseits und dem Frankfurter Metallarbeiterverband andererseits kam eine Vereinbarung zustande. Rückwirkend auf den 26. Juni dieses Jahres soll eine Lohnerhöhung von 10 Prozent auf den Gesamtverdienst gezahlt werden. Bei Firmen mit verkürzter Arbeitszeit soll der Ausfall der Arbeitszeit folgendermaßen vergütet werden: Bei Betrieben, die bis zu 22 Stunden wöchentlich arbeiten, soll 20 Prozent des Differenzbetrages, bei Betrieben, die unter 22 Stunden wöchentlich arbeiten, soll 50 Prozent des Differenzbetrages vom 1. August ab bezahlt werden. Für die Berechnung wird a) bei Bednarbeitern der jeweilige Tariflohn zugrunde gelegt, b) bei Arbeiterinnen der Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen, in denen voll gearbeitet wurde. Vom 1. August ab müssen die obigen Vereinbarungen allgemein Platz greifen. Die Vereinbarungen gelten nur für Groß-Frankfurt a. M.

Damit ist der Steuerabzug aufgehoben und auch die niederdrückenden Folgen der Kurzarbeit sind zum Teil behoben. Wir sehen darin die wirksamste Art produktiver Erwerbslosensfürsorge, da solche Maßnahmen dem weiteren Sinken der Kaufkraft der Massen entgegenwirken. Vor allem aber ist hier der Versuch gemacht worden, die Lasten der Krise — wenigstens teilweise — auf die Schultern der Unternehmer zu legen. Das wird natürlich nur dort möglich sein, wo in der Arbeiterschaft und in ihren Organisationen der feste Wille vorhanden ist, für diesen Grundsatze einzutreten.

## Genehmigung von Ueberstunden

Der Reichsarbeitsminister teilt mit: In Kreisen gewerblicher Arbeitnehmer wird vielfach darüber geklagt, daß den Betrieben die Genehmigung zur Einlegung von Ueberstunden erteilt wird, während am gleichen Ort oder in der Nähe andere Angehörige des gleichen Gewerbezweiges arbeitslos sind. Diese Klagen scheinen nicht immer der Berechtigung zu entbehren. Die Demobilisierungskommissare haben allerdings schon bisher im allgemeinen die Ueberarbeitsbewilligungen nur nach zureichendem Einnehmen mit den zuständigen Arbeitsnachweisstellen erteilt. Um aber das Zusammenarbeiten völlig sicher zu stellen, hat der Reichsarbeitsminister die Demobilisierungskommissare durch ein Rundschreiben noch besonders angewiesen, sich jedesmal, bevor sie auf Grund der Ziffer 8, Abs. 3 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und des § 10 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angehörigen die Genehmigung zur Ueberarbeit erteilen, zu vergewissern, ob den wirtschaftlichen Bedürfnissen nach Ueberarbeit nicht durch Einstellung arbeitsloser Kräfte Genüge geschehen kann. In letzterem der Fall, so ist die Genehmigung zur Ueberarbeit zu verweigern.

Warum, so umständlich? Warum verpflichtet man die Kommisare nicht einfach, die Genehmigung zur Einlegung von Ueberstunden nur in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften zu erteilen?

Georgien anerkannt. Das deutsche Reich hat bei der Republik Georgien eine amtliche Vertretung mit dem Sitze in Tiflis errichtet. Zu ihrem einstweiligen Leiter ist Dr. Ernst W. Druffel ernannt worden, der sich bereits in Tiflis befindet. Die deutsche Regierung hat ferner der Georgischen vorgeschlagen, die Gesamtheit der deutsch-georgischen Beziehungen entsprechend der gegenwärtigen Sachlage durch einen alsbald abzuschließenden Vertrag zu regeln.

Ratifizierung des Friedensvertrages mit Bulgarien. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden des Friedensvertrages mit Bulgarien hat gestern im Auswärtigen Amt in Paris unter Vorsitz von Jules Cambon stattgefunden. Bulgarien war durch Hadjimidow, dem Vorsitzenden der bulgarischen Delegation vertreten, Frankreich durch Jules Cambon, Belgien durch Kellon Jacquemins, England durch George Graham, Italien durch Bonin und Siam durch Charon.

Eine neue Verhaftung in Pommern. Der rechtssozialistische Kreisvorsitzende für den Kreis Pommern, Emil Gnadt, ist am Sonnabend früh 4 Uhr von den Polen aus dem Bette heraus verhaftet worden. Gründe für die Verhaftung wurden nicht angegeben.

# Betriebsräte

## Die Arbeiterschaft in Halle für die selbständige Räteorganisation

Nachdem bereits ähnliche Gewerkschaften in Halle im Rahmen ihrer Organisationen zur Rätefrage Stellung genommen hatten und nachdem auch die Generalversammlung der U. S. P. für Halle-Saalekreis eine Resolution hierzu angenommen hatte, fand am vorigen Freitag, den 6. August, eine Konferenz sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, der revolutionären Vertrauensleute und der Betriebsräte der hiesigen Betriebe zur endgültigen Entscheidung über diese wichtige Angelegenheit statt. Neben zweitausend Funktionäre, das Präsidium der gesamten hiesigen Arbeiterbewegung, nahmen an dieser Konferenz teil. Das Referat vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte hielt der Genosse Robert Dikmann, das Korreferat für die selbständige Betriebsräteorganisation der Genosse Wilhelm Roenen. Die Versammlung, die über sechs Stunden tagte, nahm zeitweise einen außerstürmischen Verlauf. Gegen wenige Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 6. August 1920 im Volkspark in Halle tagende Konferenz sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, der Betriebsräte und der revolutionären Vertrauensleute des hiesigen Proletariats hält den Aufbau einer völlig selbständigen Betriebsräteorganisation als Voraussetzung für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Räteplans für dringend geboten. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Konferenz hält eine Arbeitgemeinschaft mit den Gewerkschaften für geboten. Als Grundlage für diese Arbeitgemeinschaft dienen die Richtlinien, welche auf Grund der Konferenz am 12. Juni (Mitteutsche Betriebsräte-Vollversammlung) von Vertretern der Partei, Gewerkschaften und der selbständigen W. R. O. festgelegt sind. Es muß jedoch ein enges Zusammenarbeiten zwischen W. R. O. und den Gewerkschaften im Interesse des Gesamtproletariats erfolgen. Mit diesem Beschluß dürfte die Sachlage in Halle geklärt sein.

## Allerlei Schiedssprüche

### Das Betriebsrätegesetz und die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens

Uns wird geschrieben: Durch das Betriebsrätegesetz sind die Forderungen der Arbeitnehmer auf ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht in keiner Weise erfüllt worden, aber auch die durchaus nicht weitgehenden und überaus auslegungsfähigen Paragraphen des B. R. G. werden von den Unternehmern durch Auslegungslust vollkommen wirkungslos zu machen verstanden und die Schlichtungsausschüsse, welche zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens ins Leben gerufen sind, tragen redlich dazu bei, dieser ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Einige charakteristische Schiedssprüche, welche im Laufe der letzten Wochen gefällt worden sind, mögen dies beweisen:

Der Schlichtungsausschuss Altona fällt bezüglich des § 30 des B. R. G. über Abhaltung von Sitzungen der Betriebsvertretungen innerhalb der Arbeitszeit, folgenden Spruch:

„Die Betriebsvertretungen sind nach § 30 des B. R. G. nur dann berechtigt innerhalb der Arbeitszeit Sitzungen abzuhalten, wenn die Verhandlung des Gegenstandes nicht bis zum Schluß der Arbeitszeit hinausgeschoben werden kann. Bei der Abhaltung der Betriebsvertretungen der Ansicht, daß die Verhandlung des Gegenstandes nicht bis zum Schluß der Arbeitszeit hinausgeschoben werden kann, so hat er der Firma mindestens eine volle Stunde vor Beginn, unter Mitteilung der Tagesordnung, schriftlich Anzeige zu machen. Widerspricht die Firma, so bleibt es zunächst in das pflichtgemäße Ermessen des Vorsitzenden gestellt, ob er die Sitzung dennoch abhalten will oder nicht. Fällt er für ab und ruft die Firma den Schlichtungsausschuss an, so entscheidet dieser über die Dringlichkeit der Sitzung. War sie nicht dringlich, so haben die Mitglieder der Betriebsvertretung keinen Anspruch auf Bezahlung der durch die Teilnahme an der Sitzung veräumten Arbeitszeit. Werden fortgesetzt ohne Dringlichkeit während der Arbeitszeit Sitzungen abgehalten, so kann darin unter Umständen eine grüßliche Verletzung der jeweiligen Pflicht durch den Vorsitzenden und auch die übrigen Mitglieder der Betriebsvertretungen liegen, die eine Auflösung derselben gemäß § 41 B. R. G. rechtfertigt.“

Dieser Spruch ist weiter nichts als eine Meinungsäußerung. Die Unternehmer machen sich jedoch die Regelung dieser Materie noch leichter, indem sie einfach bei Sitzungen während der Arbeitszeit Gehalt und Lohn kürzen, ohne Rücksicht darauf, ob die Dringlichkeit anerkannt ist oder nicht. Bei manchen Firmen klagen bereits hunderte von Klagen und die Betriebsvertretungen haben ihre Rechte, diese Klagen zu bearbeiten. Der Unternehmer hat den Vorteil, daß die Betriebsvertretungen zur Einarbeitung in die Produktion überhaupt keine Zeit mehr finden.

Noch auffälliger ist ein vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin gefällter Schiedsspruch über die Gegenzeichnung von Nachträgen zur Arbeitsordnung auf Grund des § 30 B. R. G.: „Die Anordnung der Geschäftsleitung wegen Veränderung der Kontrolle bedarf nicht der Unterschrift des Betriebsrates.“

Begründung: Die Arbeitsordnung vom 16. Juni 1906 steht im § 14 Abs. 3 eine Kontrolle vor, die bei Eintritt in das Geschäft und beim Verlassen zu passieren ist. Sie enthält keine Vorschriften darüber, in welcher Weise diese Kontrolle auszuführen ist. Die Geschäftsleitung hat sich also die Bestimmung über die Art und Weise der Kontrolle vorbehalten. Mitbin liegt keine Veränderung der Arbeitsordnung vor, wenn sie während der Geltung der Arbeitsordnung in der Art und Weise der Kontrolle wechselt.“

Nach dieser Argumentation braucht die Arbeitsordnung nur belanglose Redensarten zu enthalten. Denn dann die Regelung der Sachen selbst durch Nachträge erfolgt, dann soll grade da, wo es auf die Wahrung der Interessen der Belegschaft ankommt, die Betriebsvertretung nicht mitsprechen haben. Bei dieser Gelegenheit sei noch hervorgehoben, daß von den Unternehmern die Festlegung von Strafen so aufgehoben wird, daß genehmigt werden, im einzelnen Falle jedoch die Bestrafung durch den Unternehmer selbständig erfolgen soll.

Den Vogel hat jedoch der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin in diesen Tagen abgeschossen in einer Streitfrage über Festlegung von Sprechstunden während der Arbeitszeit. Dieser Schiedsspruch lautet:

„Der Anspruch der Gewerkschaften auf Verlegung der Sprechstunden des Betriebsrates innerhalb der Arbeitszeit wird zurückgewiesen.“

Gründe: § 78 B. R. G. steht für die Sprechstunden — wie § 30 für die Sitzungen — des Betriebsrates als Regel die Zeit außerhalb der Arbeitszeit an. Zu Ausnahmen ist nach § 78 Satz 2 die Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich. Ein Anspruch des Betriebsrates und der Arbeitnehmer auf eine Sprechstunde innerhalb der Arbeitszeit ohne die hier fehlende Zustimmung des Arbeitgebers besteht nach dem B. R. G. nicht.

Der Schlichtungsausschuss ist aber nach § 20 B. O. vom 23. 12. 1918 bei Streitigkeiten, bei denen die Arbeitnehmerhaft oder ihre gesetzliche Vertretung beteiligt ist, allgemein befugt, Schiedssprüche zu fällen, und diese Befugnis ist durch das B. R. G., wie § 66 Ziffer 3 ergibt, nicht aufgehoben. Begründung auch die Ausführung des Demobilisierungskommissars im Mit-



Leistungsfähigkeit des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 15. 4. 1920 Seite 238. Seine Entscheidung unterliegt aber der Nachprüfung des Demobilisationskommissars.

Sachlich hält aber die Kammer den Anspruch im vorliegenden Falle durch die Sachlage nicht gerechtfertigt. Die Ansicht der Volksvertreter, wie sie im B. R. G. zum Niederschlag gekommen ist, sieht, wie oben erwähnt, die Sprechstunde außerhalb der Arbeitszeit als Regel an. Eine Ausnahme dürfte also durch wichtige Gründe gerechtfertigt sein. Von dem Vorliegen solcher hat sich die Kammer im vorliegenden Falle nicht überzeugen können. Die jetzt eingerichtete Sprechstunde um 4 1/2 Uhr für Arbeiter und um 5 Uhr für Angestellte liegt für einen Teil der Arbeitnehmer bereits innerhalb der Arbeitszeit, nämlich für die von 1 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends beschäftigten etwa 300 Arbeiter im Zeitungs- und Druckgewerbe, ferner für einen Teil des in den Filialen beschäftigten kaufmännischen Personals und zwar etwa 80; den Rest der Arbeitnehmer stellt es also bereits bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen. Die Inanspruchnahme der Sprechstunde durch den größeren Teil oder gar durch die gesamte Arbeitnehmerschaft innerhalb der Arbeitszeit müßte zu Störungen in der Produktion und Disziplin führen. Auf der anderen Seite kann den Arbeitnehmern zugemutet werden, außerhalb der Arbeitszeit die Sprechstunde aufzusuchen, zumal dies für den einzelnen ja nur in längeren Zeiträumen notwendig wird und die heutige Sprechstunde sich für den weitest-größten Teil der Arbeitnehmerschaft unmittelbar an die Arbeitszeit anschließt, soweit sie nicht überhaupt innerhalb derselben liegt. Die Mitglieder des Betriebsrates endlich können sich bei Abhaltung der Sprechstunde abwechseln und müssen die Mehrbelastung als Folge des ihnen übertragenen Ehrenamtes hinnehmen.

Hier erübrigt es sich, etwas hinzuzufügen. Die Arbeitnehmer müssen sich darüber im Klaren sein, daß die Zeiten, wo man am Schlichtungsausschuss auf Verständnis für soziale Fragen rechnen konnte, vorbei sind. Die Betriebsräte müssen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften den Zusammenschluß der Betriebsvertretungen schnellstens vornehmen, um über die Mittel und Wege zu beraten und die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, dieser Sabotage des Betriebsratgesetzes ein für allemal ein Ende zu machen.

Vorher mit daran gehen können, die weitergehenden Aufgaben der Betriebsräte in Angriff zu nehmen, müssen erst einmal diese Grundlagen geändert werden. Die Arbeitnehmer sowohl als auch die Schlichtungsausschüsse müssen sich gefaßt sein lassen, daß durch berufliche Praktiken die Betriebe mit Hilfe der Betriebsvertretungen nicht vor Erschütterungen bewahrt werden können, sondern daß die Ursache in den Betrieben täglich zu n i m m t und sich nicht abheben läßt, welche Folgen sich daraus ergeben. Ob dies der Zweck und Sinn des Betriebsratgesetzes war, sei dahingestellt.

### Gewerkschaftliches

#### Tarife für nichtständiges Hauspersonal

Im Anschluß an die Richtlinien für die Vermittlung von Hausangestellten hat der Ausschuss Groß-Berliner Arbeitsnachweise in seinen Sitzungen vom 8. bezw. 29. Juli für die Vermittlung von sonstigen Arbeitskräften in Haushaltungen die nachfolgenden Richtlinien aufgestellt:

- Waldfrau und Feinplätzerin mit Kost pro Tag 10 M., Stundenlohn 1,50 M., Überstunden 1,00 M., ohne Kost pro Tag 16 M., Stundenlohn 2,25 M.
- Reinmädchen und Kollwäscherin mit Kost pro Tag 9 M., Stundenlohn 1,40 M., Überstunden 1,75 M., ohne Kost pro Tag 15 M., Stundenlohn 2,15 M.
- Für Teppich klopfen, Böhmern und ähnliche Arbeiten die Stunde 4 M., für Malerarbeiten, Entfernungen, die Stunde 2,25 M., für Stellen von Werkzeug oder Material, Zuschlag die Stunde 1 M.
- Aufwärtserinnen bei täglicher Beschäftigung bis 2 Stunden, die Stunde 1,50 M., über 2 Stunden 1,40 M., bei nicht täglicher Beschäftigung die Stunde 1,60 M., Aushilfen mit Kost pro Tag 6 M.
- Kochhelferinnen mit Kost pro Tag 7 M., Ausbesserinnen mit Kost pro Tag 8 M., Schneiderinnen und Wäscherinnen mit Kost pro Tag 12 M.
- Für mitgebrachtes Brot wird der siebente Teil vom Preise des ganzen Brotes vergütet. Jahrgeld wird vergütet bei allen Tagesbeschäftigungen. Als wasser Tagesbeschäftigung gilt der achtstündige Arbeitstag.

#### Drohende Arbeitsniederlegung in einem Berliner Hospital

Auf Grund des Tarifvertrages für die Gemeindefabrikanten können auch die im Monatslohn stehenden eine vierzehntägige Bezahlung fordern. Von diesem Recht wurde bisher in den meisten Verwaltungen Gebrauch gemacht. Diese Tatsache bewirkt jedoch, daß in den Lohnbüros der einzelnen Verwaltungen bei Berechnung der Lohnlisten eine bedeutende Mehrarbeit zu leisten ist, deren Bewältigung nur durch Vermehrung des Personals behoben werden kann. Jedem Kalen dürfte das ohne weiteres einleuchten. Nicht so selbstverständlich denken darüber die städtischen Behörden. So kommt es, daß zwischen den Bureaubeamten und der Arbeiterschaft eine gewisse Spannung entstanden ist, dadurch, daß erstere die Lohnlistenberechnung nicht rechtzeitig tätigen kann und letztere der Arbeiterschaft dieses als böser Wille der Beamten gedeutet wird. Das gleiche ist auch in dem Hospital Fröbelstraße der Fall.

Am 26. v. Mts. wurde von der Verwaltung gen. Anstalt dem Obmann des Betriebsrates mitgeteilt, daß die nächste Lohnzahlung am 31. 7. cr. in Frage gestellt sei. Als Grund wurde die geringe Anzahl und die Entzerrung zweier Beamten angegeben. Der Obmann machte die Verwaltung eindringlich auf die Folgen aufmerksam, die durch eine etwaige Nichtzahlung des Lohnes eintreten könnten. In einer Betriebsversammlung am 30. Juli cr., wurde dem Personal die der Verwaltung entstandenen Schwierigkeiten in der Lohnzahlung bekanntgegeben. Von den Beschäftigten wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Arbeit niederzulegen, falls die Lohnzahlung nicht zeitlos erfolgen sollte. Der Organisation wurde der Beschluß mitgeteilt und diese entsandte am 31. früh einen Vertreter in den fraglichen Betrieb. Dieser versuchte, gemeinsam mit dem Betriebsrat und der Verwaltung, die ausgebrochene Krise beizulegen. Von letzterer wurde erklärt, daß sie für die entstandenen Schwierigkeiten keinerlei Schuld trage, weil sie die zuständigen Stellen rechtzeitig auf die Vermehrung des Bureaupersonals aufmerksam gemacht habe. Mit dem geringen noch vorhandenen Personal, von dem noch ein Teil nicht voll erwerbsfähig ist, versuchte sie alles, um die Fertigstellung der Lohnlisten zu bewerkstelligen. Leider ist ihr das nur zum Teil gelungen. Die Pflegerinnen werden mit Vorschüssen in der Höhe von 100 bis 200 M. vorlieb nehmen müssen. Die Abrechnung dürfte dann am 5. oder 6. nächsten Monats erfolgen. Des Betriebsleiter, Herr Oberinspektor Pieper, erklärte noch, daß er zur Beruhigung des Personals den zuständigen Kalkulator von der ferneren Berechnung der Lohnlisten entbunden habe und diese Arbeit nunmehr selbst verrichtet. Eine Bewertungskommission, die vor ungefähr 14 Tagen in der Anstalt war, hat zwar zwei weitere Schreibkräfte zugewiesen, die jedoch bisher noch nicht eingetroffen sind. Wenn diese nicht umgehend eintreffen, so besteht Gefahr, daß bei der nächsten Lohnzahlung dieselbe Kalamität eintreten dürfte.

Trotz der obigen Regelung in der Lohnzahlung gelang es der Arbeitervertretung nur sehr schwer, die versammelten Beschäftigten von ihrem tags zuvor gefaßten Beschluß abzubringen. Wenn es trotzdem gelungen ist, so ist es darauf zurückzuführen, daß das Personal in richtiger Erkenntnis annahm, durch eine etwaige Arbeitsniederlegung das Interesse der Schwerkranken und Siechen zu schädigen.

Den zuständigen Stellen im Magistrat möge das Vorstehende doch zur Warnung dienen. Es muß im Interesse der 1400 Kranken und Siechen gefordert werden, daß mit dieser grenzenlosen Bummelerei baldigt aufgeräumt wird.

## Groß-Berlin

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Am Donnerstag, den 12. August, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Hagen, Stralauer Brücke 5, gemeinsame Sitzung der Verbandsaktionsratsmitglieder der politischen, Gewerkschafts- und Räte- und Agitationskommissionen.

### Auf der Suche nach der roten Armee

Heute morgen in aller Frühe erschienen bei unserem Genossen Schindler in Bankow zwei Kriminalbeamte, um bei ihm Nachforschungen nach Material für die rote Armee vorzunehmen. Die Herren mußten leider ohne Ergebnis abziehen, da Genosse Schindler ihnen beim besten Willen nichts über eine rote Armee sagen konnte.

Es wäre an der Zeit, daß die Polizei ihre Aufmerksamkeit mehr den wirklichen Waffensammlern zuwenden, nämlich denen, die sich beim Bürgerturn befinden. Dort bietet sich den Behörden ein reiches Feld der Betätigung. Soll aber die Entwaffnungsdaktion damit beginnen, daß man die Arbeiter mit zweck- und sinnlosen Hausdurchsuchungen behelligt?

**Konstituierung der Bezirksversammlung Neukölln, Britz, Rudow und Buckow.** Am Montag abend fand im Neuköllner Rathaus die Konstituierung der Bezirksversammlung Neukölln, Britz, Rudow und Buckow statt. Es wurde als 1. Vorsitzender Genosse Schneider, 2. Vorsitzender Genosse Siegmund, Schriftführer Genosse Steinicke, Kassierer Genossin A. Gerth, Beisitzer Genosse Schröder, als Vertreter der Groß-Berliner Kommission Genosse Siegmund gewählt.

**Kommunales Volkshilfswesen Reinickendorf.** Der Vorbereitungunterricht für die diesjährige Jugendweihle beginnt am Freitag, den 13. d. M., abends 6 Uhr, und zwar für den östlichen Ortsteil in der 3. Gemeindegasse unter Herrn Lehrer Frahm, und für den westlichen Ortsteil in der 5. Gemeindegasse unter Herrn Lehrer Wolf. Neuanmeldungen werden noch bei Beginn des Unterrichts entgegengenommen.

**Auskunfts- und Beschwerdekasse Neukölln.** Die von der Stadtverordnetenversammlung in Neukölln im alten Rathaus, Berliner Straße 63-64, Erdgeschoss Zimmer 463, eingerichtete Auskunfts- und Beschwerdekasse ist auch an diesem Mittwoch von 5-7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Stadtverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerschaft in städtischen Angelegenheiten entgegenzunehmen.

**Eine Verbandsoffentierhaltung** veranstaltet am nächsten Sonntag, den 15. d. M., der neugegründete Niederbarnimer Kleintier-Kreisverband im Restaurant Waddschlößen in Hermsdorf. Zur Schau sind bereits von über 100 Verbänden und Vereinen über 400 Tiere zum Wettbewerb angemeldet worden. Außer den wertvollen Preisgeldern stehen noch ein Preis des Landrates, ein Preis der

Landwirtschaftskammer und ein Preis der Gemeinde Hermsdorf zur Verteilung. Die Ausstellung wird mittags um 1 Uhr eröffnet.

Die zweite Oberpreemienfahrt des Arbeiter-Bandervereins „Berlin“ findet am 15. August statt. Abfahrt früh 6.45 Uhr Götlicher Bahnhof bis Lübbenu. Kahnfahrt über Lehde-Leipe-Wöhlenscheide-Försthaus-Eiche-Ranno-Mühle-Wöschhof-Lübbenu. Rückfahrt abends 9 Uhr. Den Parteigenossen bietet sich hiermit Gelegenheit, die schönsten Punkte des Spreewaldes ohne jede Fußwanderung kennen zu lernen. Teilnehmerkarten zu 30 M. (Bahn- und Kahnfahrt) sind bis Donnerstag, den 12. August, bei Wöllisch, Stoliner Str. 22, Ohngemach, Kommandantenstraße 88, zu haben.

Von dem Wohltätigkeitsfest am 25. Juli in Pamberg, Waddschlößen, Hermsdorf, wurden 3618,80 M. als Gesamtüberschuß dem Inhaftierten-Fonds überwiesen.

Abhanden gekommen ist einem Genossen am 6. August, vor-mittags 11 Uhr, eine schwarze Tasche mit 5000 Agitationsmarken des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (Branche der Reichs-betriebe), sowie ein Konto- und Abrechnungsbuch und zirka 800 Mark Geld. Liegen geblieben ist die Tasche im Lokal von Gollisch, Treutower Park. Da der Verlierer haßbar ist, wird der ehrliche Finder gebeten, das Material gegen Belohnung beim Deutschen Transportarbeiter-Verband, Engelauer 14/15, Zimmer 21, abzugeben.

Eine große Heeresgutverfälschung wurde gestern durch das rechtzeitige Eingreifen der Kriminalpolizei vereitelt. Diese hatte festgestellt, daß nach einem Hause am Königsmeyer Wagenladungen mit Paketen aller Art, mit Ballen und Säcken geschickt wurden. Ihre Ermittlungen ergaben, daß es sich um Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke eines hiesigen Infanterieregiments handelte, die von zwei Angehörigen des Regiments, den Gebrüdern Kühnemund verpackt worden sollten.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich in der vergangenen Nacht in der Nähe des Stettiner Bahnhofes. Eine Frau Bertha Beil aus der Bornemannstraße 2 wurde durch Ueberfahren so schwer verletzt, daß sie auf dem Wege zur Rettungswache verstarb.

Im Tiergarten erschossen hat sich der 34 Jahre alte Arbeiter Gustav Reinhold aus der Mulackstraße 10.

Wer ist die Tote? In der Weidenammer Brücke wurde die Leiche einer etwa 30- bis 35 Jahre alten Frau gefunden, die etwa sechs bis acht Wochen im Wasser gelegen hat. Die Unbekannte ist 1,50 Meter groß und blond und trug schwarze Kleidung. Bei sich hatte sie noch eine braungefärbte Handtasche.

Vorauswärtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Zunächst größtenteils bewölkt, mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden. Später wieder ausflüßend, außer in den Mittagsstunden ziemlich kühl.

### Aus den Organisationen

- 1. Bezirk. Jahrelang der 1. Abteilung: Schulhaus Borsdorfstr. 21. Vortrag: 9. Abteilung: Michaelstr. 24 bei Marcinowoski. Vortrag. Die übrigen 22-teilungen in den bekannten Lokalen.
- 2. Bezirk. Donnerstag, 8. Uhr, Sitzung der politischen Kommission (Vollversammlung) bei Schwanitz, Alie Johannis 24.
- 3. Bezirk. 8. Abteilung. Mittwoch, 7 Uhr, findet in der Kulo, Cielberger Straße 14, ein gemeinschaftlicher Jahrelang (Mitgliederversammlung) statt. Tagesordnung: Vortrag über die letzte politische Lage.
- 4. Bezirk. 1. Abteilung. Mittwoch gemeinsamer Jahrelang in der Schulhaus, Borsdorfstr. Vortrag über „Imperialismus und Bolschewismus“. Ref.: Genossin Kottopp.
- 5. Bezirk. 2. Abteilung. Gemeinsamer Jahrelang Mittwoch, 7 Uhr abends, in der Kulo der Kaulstraße Volkshaus.
- 6. Bezirk. Kommunale Kommission Freitag, 7 Uhr, bei Schlichter, Dausiger Straße 44.
- 7. Bezirk. 3. Abteilung. Mittwoch gemeinsamer Jahrelang in der Schulhaus, Borsdorfstr. 4-5, 6 1/2 Uhr. Tagesordnung: Vortrag über die politische Lage, Spass und Scherz.
- 8. Gruppe. Mittwoch Stappenschläger im Volkshaus, großes Zimmer. Alle Genossen müssen erscheinen.
- 9. Verwaltungsbereich. Fraktionssitzung Freitag, 6 Uhr, im Rathaus zu Reinickendorf, Zimmer 15, mit den Delegierten der kommunalen Kommission.
- 10. Reichsverband. Reichsverbandstag bei Ströf, Hermanns-Edel-Schierkestr. Vortrag des Genossen Ströfmann. — Donnerstag, den 12. August, 7 Uhr, in der Kulo der 8. Gemeindegasse, Kuller-Geistlich-Str. 4, Volksversammlung der M. S. V. Oberweite mit Tischdecken.
- 11. Arbeiter- und Arbeitervereine der Reichsvereine Spandau. Am Donnerstag, den 12. August, nachm. 4 Uhr, im „Reiten Adler“ Vermittlung sämtlicher Kriegsbekämpften und Hinterbliebenen und der nach nicht entlassenen ausgetriebenen der Verbannten. Die Kommissar Genossen sind rechtlich mitkommen.
- 12. Arbeiter- und Arbeitervereine der Reichsvereine Spandau. Am Donnerstag, den 12. August, nachm. 4 Uhr, im „Reiten Adler“ Vermittlung sämtlicher Kriegsbekämpften und Hinterbliebenen und der nach nicht entlassenen ausgetriebenen der Verbannten. Die Kommissar Genossen sind rechtlich mitkommen.
- 13. Arbeiter- und Arbeitervereine der Reichsvereine Spandau. Am Donnerstag, den 12. August, nachm. 4 Uhr, im „Reiten Adler“ Vermittlung sämtlicher Kriegsbekämpften und Hinterbliebenen und der nach nicht entlassenen ausgetriebenen der Verbannten. Die Kommissar Genossen sind rechtlich mitkommen.

### Bereinskalender

**Reinickender Verband der Hausangestellten.** Donnerstag, 12. August, Versammlung der Hausangestellten der Schulen, abends 7 Uhr, im Gemeindefabrikanten, Engelauer 15. Vortrag der Hausangestellten. Die Versammlungsentscheidung muß heißen: 12. 8. 1920, vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung der Sektion 3 (Gollenschloß). **Reinickender Arbeiter- und Arbeitervereine der Reichsvereine Spandau.** Donnerstag, 12. August, abends 6 Uhr, Generalprobe sämtlicher Kinderdarstellungen zum Stadtfest auf dem Turm-platz in Tempelhof. **Deutscher Arbeiter-Theaterbund.** Donnerstag, 12. August, abends 7 1/2 Uhr, werden in einer öffentlichen Versammlung in der Kulo des Anzums, L. Anzums-straße 15, der Wanderschauspieler, Genosse Himm und Berufsorganisator, Genosse Dehm, über „Jugend und Ziele des deutschen Arbeiter-Theaterbundes und der neuen Aufgaben der Arbeiter-Theatervereine“ sprechen. Alle Theatervereine Groß-Berlins sind freundlichst eingeladen. Genl. Seemanns-Str. 27.

### Lebensmittelkalender

**Milchversorgung.** Von Dienstag, den 10. d. M., ab wird bis auf weiteres auf die 1- und 2-Klassen je 1/4 Liter Vollmilch veräußert. Die übrige Milchversorgung bleibt unverändert. Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabisch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: „Freiheit“ 6. u. 8. Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin E. 2, Trella Straße 64.

**Lehrmädchen**  
im Alter von 14-16 Jahren für den Verkauf  
**sofort gesucht**  
Abendstunden von 10-12 Uhr vormittags von 4-6 Uhr nachm., mit Schulzeugnis in Begleitung der Eltern oder des Vormundes in unserer Personalverwaltung, Eiche

**Briefwechsel**  
Schüler und Post  
Schüler und Goethe  
Jeder Band 30 Seiten stark und gut gebunden  
**Nur 3,- Mk**  
Vorderseite  
Buchhandlung  
**„Freiheit“**  
Breite Straße 8-9

**Annahme in allen Expeditionen des Gew. lages. —**  
Ortschäftsstelle: Berlin E. 2, Breite Straße 8-9

**Unterricht**  
Musikunterricht Deutsch sprechen, schreiben, lesen, Rechnen, abends erfahrener Sprachlehrer, Aufnahmestelle, Vogelstraße 407, Telefonamt Berlin.

**Berkaufe**  
Genossen! Engländer, ebenfalls jeder Arbeit, in Blau, braun, weiß, sowie Damen, gefärbte Stoffe, Kleider, Schuhe für nur bei Wacker, Breiter Straße 29, a. H. 30%, billiger als im Laden.

**Reinickender Arbeiter- und Arbeitervereine der Reichsvereine Spandau.** Donnerstag, 12. August, abends 6 Uhr, im „Reiten Adler“ Vermittlung sämtlicher Kriegsbekämpften und Hinterbliebenen und der nach nicht entlassenen ausgetriebenen der Verbannten. Die Kommissar Genossen sind rechtlich mitkommen.

## Kleine Anzeigen

**Prozesse,**  
Alexandru, 45. Vossisch, (post. Teil) 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Nacht in 6-8 Wochen**  
sondern 3-5 Tagen werden sämtl. Minder- u. Mehrerbräuen gekürzt — **Laurelkränze** bis nur 25 Stunden. — **Conto.** Wäschereibereit- nung durch Maschinen mit neuem, leicht- schneidbareren und chem. Reinigungsstoff. Tel. Amt **Nord-West.** Sanja 1078 (Woh. & Weg)

**Möbel**  
Chaiselongues 200.00 bis 500.00, Patentmaschinen, Auf- legermaschinen 100.00, Kupfer- wäcker, Einigerder Straße 18.

**Fahrräder**  
Fahrradgummi billiger! Klempner, Schlaue, Weis- macher-Gebrüder vier.

**Kaufgesuche**  
Veloc, Schiffs, Droger, Anzeiger, Harz und kleine Götter, kaufmännischer, Dorn- burger Straße 12.

**Heute neu!**  
**FREIE WELT**  
WOCHENSCHRIFT  
**USPD**

**Aus dem Lande des reinen Kapitalismus**

**Arbeitsmarkt**  
Suche Berlin, Vermittler 200 Mk. Belohnung! „F. G.“ „Freiheit“, Breite Straße.

**Eiermarkt**  
Ganze Woge, Creditors, verkauft 1-3, Müller, Reichen- Straße 11.

**Verchiedenes**  
Hausmische repariert, Reichenberger Straße 7.

**Werkzeuge u. Maschinen**  
Spiralbohrer, neue, kaufmännischer, Reichenberger Straße 6, August 1.

**Arbeitsmarkt**  
Suche Berlin, Vermittler 200 Mk. Belohnung! „F. G.“ „Freiheit“, Breite Straße.

**Eiermarkt**  
Ganze Woge, Creditors, verkauft 1-3, Müller, Reichen- Straße 11.

**Verchiedenes**  
Hausmische repariert, Reichenberger Straße 7.